



Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

das Corona-Virus hält uns alle in Atem. Angesichts der aktuellen Entwicklungen sollten wir alle zusammenstehen. Es geht jetzt in erster Linie darum, die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, um unser Gesundheitssystem zu entlasten. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hatte deshalb empfohlen, auf Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Menschen zu verzichten. Die Kanzlerin hat dazu aufgerufen, und jede und jeder von uns ist dazu angehalten, nicht notwendige Veranstaltungen und Reisen zum Schutz aller abzusagen. Je weniger Menschen sich gleichzeitig anstecken, desto besser können Ärzte schwerkranke Patienten behandeln. Aus meiner Sicht ist das Vorgehen des Bundesgesundheitsministers richtig. Sobald neue Erkenntnisse vorliegen, werden neue Maßnahmen folgen, und damit ist zu rechnen.

Die deutsche Wirtschaft ist zehn Jahre hintereinander gewachsen und deshalb in dieser Situation gut gerüstet. Die Folgen der Corona-Epidemie für Unternehmen und Beschäftigte sind momentan aber nur

schwer absehbar. Der Koalitionsausschuss hat am Sonntag erste konkrete Beschlüsse gefasst, die bereits in dieser Sitzungswoche beschlossen werden. Dazu gehören u.a. ein flexiblerer Zugang zum Kurzarbeitergeld, kurzfristig wirksame steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und dauerhaft höhere öffentliche Investitionen für den Wohnungsbau und für Digitalisierungs- und Verkehrsprojekte.

Alle beschlossenen steuerlichen Maßnahmen gehen auf Vorarbeiten der CDU/CSU-Fraktion zurück. Wir wollen mit kluger und passgenauer Unterstützung die Planungssicherheit aller Beteiligten erhöhen und Arbeitsplätze schützen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende, bleiben Sie gesund!

Mit besten Grüßen

Eberhard Gienger

Öffentliche Investitionen „auf die Straße“ bringen.

Ein echter Durchbruch ist dem Koalitionsausschuss im Bereich beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren gelungen. Die entscheidenden Vorarbeiten kamen auch hier wieder aus der CDU/CSU-Fraktion. Die Bundesregierung wird bis Juli 2020 ein Investitionsbeschleunigungsgesetz beschließen. Wir sind uns alle einig, dass erhöhte Investitionszusagen beispielsweise für den Ausbau von Mobilfunknetzen und Verkehrswegen nur im Verbund mit beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren umsetzbar sind.

Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität.

Wir haben in erster Lesung über die Umsetzung eines Maßnahmenpakets insbesondere in Reaktion auf den Anschlag in Halle (Saale) diskutiert. Mit diesem Gesetz sollen etwa die Anbieter großer sozialer Netzwerke dazu verpflichtet werden, dem Bundeskriminalamt bestimmte strafbare Inhalte zu melden, die ihnen durch eine Beschwerde bekannt und von ihnen entfernt oder gesperrt wurden. Zu melden wären etwa schwere Fälle von Hasskriminalität im Netz wie etwa Mord- oder Vergewaltigungsdrohungen und Volksverhetzungen, aber auch kinderpornografische Inhalte. Die unzureichende Einrichtung eines Meldesystems durch einen Anbieter soll dabei bußgeldbewehrt sein. Die Meldung soll durch eine Zentralstelle an die zuständigen Ermittlungsbehörden weitergeleitet werden. Weitere Maßnahmen umfassen etwa die Erweiterung von Straftatbeständen oder die Erhöhung des Strafrahmens für Bedrohungen auch im Internet.

Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch.

Wir haben in erster Lesung einen Gesetzentwurf beraten, mit dem die Sozialverwaltung verbessert und vereinfacht wird. Mit dem Gesetz werden zahlreiche Verwaltungsvorschriften geändert und damit etwa das Meldeverfahren sowie der Datenaustausch in der Verwaltung und mit den Arbeitgebern weiterentwickelt. Gegenstand ist aber auch die Fortentwicklung des Berufskrankheitenrechts in der gesetzlichen Unfallversicherung sowie die Lückenschließung im Leistungsrecht der Rentenversicherung. Schließlich wird den Krankenkassen im Rahmen eines Modellprojektes bei den Sozialversicherungswahlen im Jahr 2023 die Möglichkeit eröffnet, Online-Wahlen durchzuführen.

Alkoholmissbrauch unter Kindern und Jugendlichen sinkt leicht.

Zu Beginn der Fastenzeit hat das Statistische Bundesamt festgestellt, dass in Deutschland im Jahr 2017 rund 14.900 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren wegen akuten Alkoholmissbrauchs stationär in einem Krankenhaus behandelt wurden. Das waren zwar 1,6 Prozent weniger als 2016, allerdings hat sich die Zahl seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt: Im Jahr 2000 lag die Zahl der wegen Alkoholmissbrauchs stationär behandelten Kinder und Jugendliche bei 7.000. (Quelle: Destatis)

Presse:

Sport handelt verantwortungsvoll und trägt zur Eindämmung des Coronavirus bei.

Finanzielle Hilfen für insolvenzgefährdete Sportvereine und betroffene Unternehmen prüfen.

Am vergangenen Mittwoch hat sich der Sportausschuss des Bundestages mit den Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie auf Sportveranstaltungen befasst. In den letzten Tagen wurden in vielen Bundesländern Sportevents ab 1000 Teilnehmern abgesagt. Dabei sind die einzelnen Sportarten, Ligen, wie auch übergeordnet der Breiten- und Spitzensport, ganz unterschiedlich stark von den Einschränkungen betroffen. Dazu erklärt der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eberhard Gienger:

„Die Sportverbände, die professionellen Vereine und die Ligen handeln mittlerweile sehr verantwortungsvoll und tragen zur Eindämmung des Coronavirus bei. Dabei hat die Viruserkrankung ganz unterschiedliche Folgen für den Fußball und für alle anderen Sportarten.

Neben den Zuschauern, den Sportlern, den Vereinen und den Veranstaltern sind auch viele sportbezogene Dienstleister betroffen. Die weitere Entwicklung und das Ausmaß der Folgen sind zurzeit nur schwer abzuschätzen. Daher sollten finanzielle Hilfen und entsprechende Reglements für insolvenzgefährdete Vereine und sportbezogene Unternehmen geprüft werden.

Aber auch der Breitensport und die semiprofessionellen Vereine sind im Zweifel von den derzeitigen Einschränkungen stark betroffen.

Um der großen Unsicherheit in den Sportvereinen zu begegnen, brauchen wir schnell praxisbezogene Handlungsleitlinien, die den unterschiedlichen Bedingungen der Sportarten und der Größe der Events gerecht werden. Nur so können wir einheitliche Rahmenbedingungen schaffen, die nachvollziehbar sind und den Wettbewerb nicht verzerren. Die Handlungsleitlinien sollten von den großen Sportdach- und Fachverbänden in Abstimmung mit der Bundesregierung und den zuständigen Bundesländern und Ämtern erarbeitet werden. So werden wir die derzeit schwierige Lage bewältigen, ohne dass der Sport und das gesellschaftliche Leben zum Stillstand kommen müssen.“

Termine:

Angesichts der Verbreitung des Coronavirus wurden nahezu alle öffentlichen Termine abgesagt. Die geplanten Bürgersprechstunden von Herrn Gienger finden nach momentanem Stand statt. Bitte informieren Sie sich gegebenenfalls telefonisch unter 07142 – 918991 im Wahlkreisbüro über den tagesaktuellen Stand.

Sonntag 15.03.2020

10:30 Uhr: Matinee im Deutschen Literaturarchiv Marbach mit dem Chorverband Friedrich Schiller

Die nächsten Bürgersprechstunden sind am 17. März von 14:00 – 16:00 Uhr, am 01. April von 14:00 – 16:00 Uhr und am 28. April von 14:00 – 16:00 Uhr.